

Die Renaissance der Industriepolitik

Zur „Nationalen Industriestrategie“ des
Bundeswirtschaftsministeriums (BMW)

Jens van Scherpenberg

Zusammenfassung

Die im Februar 2019 vorgestellte „Nationale Industriestrategie“ des Bundeswirtschaftsministeriums hat in der deutschen Fachöffentlichkeit eine höchst kritische Resonanz erfahren. Was ihr vorgehalten wird: zu etatistisch, zu „französisch“ zu sein, zu wenig auf die Kräfte des Marktes in der Gestaltung des Strukturwandels zu setzen, verfehlt jedoch ihre eigentlichen Schwächen. Die Strategie versucht eine Antwort zu finden auf die gewaltigen Herausforderungen durch die neuen Entwicklungen der digitalen Plattformökonomie mit ihren großen Netzwerkeffekten, aber vor allem auch auf die strategische Industriepolitik Chinas, das durch Unternehmensübernahmen im Ausland wie durch erhebliche staatliche Subventionen im Inland bis 2025 eine weltweit führende Rolle für die wichtigsten künftigen Schlüsselindustrien anstrebt. Eine „nationale“ Industriestrategie ist darauf allerdings eine unzureichende Antwort. Notwendig ist die Einbettung der Industriepolitik in eine umfassende, auch gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Euro-Staaten abbauende europäische Standortpolitik.

1. Einleitung

Im Februar 2019 stellte Bundeswirtschaftsminister Altmaier ein programmatisches Dokument seines Haus vor – „Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik“¹ – das von vielen Experten und in der deutschen Wirtschaftspresse denkbar kritisch aufgenommen, ja geradezu als gravierender ordnungspoli-

tischer Sündenfall kommentiert wurde. Richtig an dieser Kritik mag sein, dass Altmaiers Nationale Industriestrategie durchaus eine gewisse Abkehr von der starken Betonung auf der Freiheit der Weltmärkte, auf möglichst ungehindertem Güter- und Kapitalverkehr bedeutet, von der Deutschlands Wirtschaft jahrzehntelang, vor allem seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Einbeziehung Chinas in das von der WTO installierte Regime einer wirklich



Dr. Jens van Scherpenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München